

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 7 (1927-1928)
Heft: 12

Artikel: Sozialismus für unsere Generation
Autor: Walter, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-329694>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

65 % der zürcherischen Fabriken gewährten ihren Arbeitern in jenem Jahre Ferien, und 58 % von diesen genossen sie. — In der gesamten Textilindustrie (Industriegruppen I—VI) zählten wir damals 241 Fabriken mit 24,307 Arbeitern. Von den ersten gewährten 62,6 % und von den letzten erhielten 57,9 % Ferien. In der Bekleidungsindustrie betragen diese Verhältniszahlen 66,4 beziehungsweise 51,7 und in der Metall- und Maschinenindustrie (Industriegruppen XIV und XV) 56,4 beziehungsweise 56,0 %.

*

Das Recht auf Ferien kann für die vom Fabrikgesetz erreichten Arbeiter nur auf eidgenössischem Boden geregelt werden, sei es durch eine Revision des erwähnten Gesetzes oder durch den Erlass einer besonderen Novelle. Für die übrige Arbeiterschaft ist der Weg über die kantonale Gesetzgebung noch frei, dagegen dürfte es sich empfehlen, auch hier für die ganze Schweiz einheitliche Grundsätze aufzustellen, wozu das schon längst fällige Gewerbegebot den Anlaß bieten dürfte.

Sozialismus für unsere Generation.

Von Ernst Walter.

In der britischen Arbeiterbewegung häufen sich in letzter Zeit die Strömungen und Unterströmungen. Von den seltsamen Bestrebungen für einen „Industriefrieden“ war im diesjährigen Märzheft der „Roten Revue“ schon die Rede. In der zweitletzten Juniwoche haben die Genossen James Maxton, Präsident der Unabhängigen Arbeiterpartei, und Alfred Cook, Sekretär des Bergarbeiterverbandes, ein gemeinsam unterzeichnetes Manifest herausgegeben, das sich nicht nur gegen die kapitalistenfreundliche Haltung gewisser Gewerkschaftsführer wendet, sondern eine ebenso scharfe Attacke gegen die Führung der Arbeiterpartei reitet. Unter diesen Umständen kommt dem Wahlprogramm der britischen Arbeiterpartei (Labour Party), das am 7. Juli das Licht der Welt erblickte, um so höhere Bedeutung bei, als es die auseinanderstrebenden Tendenzen innerhalb dieser gewerkschaftlich-politischen Partei unter einen Hut zu bringen bestrebt ist. In entscheidenden Punkten ist das aber nicht gelungen, und die Unabhängige Arbeiterpartei (Independent Labour Party), die als Kollektivmitglied die eigentliche politische Sektion der Labour Party ist, beharrt auf ihrem Programm, das unter dem Schlagwort „Sozialismus für unsere Generation“ (Socialism in our time) bekannt ist. Sie empfiehlt ihre Kundgebung als Alternative zum Wahlprogramm der Labour Party. Von diesen Vorschlägen für einen Sozialismus, der in den nächsten 20 bis 30 Jahren in Großbritannien verwirklicht werden soll, wollen wir jetzt reden.

Der eigentliche Schöpfer und der intelligenterste und eifrigste Vertreter des «Socialism in our time» ist der Genosse H. L. Brailsford,

ehemaliger Redakteur des „New Leader“, der Wochenzeitung der Independent Labour Party.

Am Osterkongress 1926 in Whitchurch hat die Unabhängige Arbeiterpartei das Programm angenommen und seither dafür eine intensive und geschickte Propaganda entfaltet. Die Labour Party dagegen hat das Programm nicht einfach übernommen, sondern an ihrem Jahreskongress im Oktober 1926 in Margate nur die Prüfung zugesagt, in der Meinung, daß eine oder andere in ihr Programm aufzunehmen, mit dem sie bei den Unterhauswahlen vor die Wähler treten will. Nach der Auffassung der führenden Geister der Independent Labour Party ist das «Socialism in our time»-Programm nicht nur ein propagandistisches Zugstück erster Klasse bei den Wahlen, sondern es könne und müsse geradezu als Regierungsprogramm gelten, sofern die Labour Party nach den Wahlen als Mehrheitspartei das Staatssteuer ergreifen würde. Das Programm ist eigentlich nichts anderes als ein Plan für den Wiederaufbau der britischen Volkswirtschaft auf dem Wege der Sozialisierung lebenswichtiger Industrien.

Das Programm zerfällt in drei Hauptabschnitte: 1. Normallohn, 2. Familienzulage, 3. Staatsmonopole. Der Plan steht und fällt mit dem Normallohn, dem «Living Wage». Was ist unter «Living Wage» zu verstehen? Am besten kann man es vielleicht in Übereinstimmung bringen mit dem „Kulturlohn“ der deutschen Gewerkschaften. «Living Wage» = menschenwürdiges Einkommen, ein neuer Normallohn. Das «Living Wage» ist mehr als ein Minimallohn. Mit dem menschenwürdigen Einkommen soll mehr bestritten werden, als nötig ist, um Leib und Seele beisammenzuhalten. Es soll über das hinaus einen gewissen Anteil an den Kulturgütern ermöglichen. Das Wort „Jedem nach seinen Bedürfnissen“ soll damit wahrgemacht werden. Ein Wocheneinkommen von 4 £ (cirka 100 Fr.), berechnet für eine fünfköpfige Familie, bestehend aus Eltern und 3 Kindern, gegen 30 sh (Fr. 37.50), wie es jetzt für breiteste Schichten der Arbeiterschaft Geltung hat, das dürfte bei dem heutigen Geldwert vielleicht dem «Living Wage» entsprechen. Aber die Propagandisten des „menschenwürdigen Einkommens“ lassen sich nicht bei einem auf einen Nenner gebrachten Wochenlohn befreien. Das wäre Sache der Regierung. Sie soll dieses Einkommen festsetzen, oder aber der Gewerkschaftskongress gemeinsam mit der Labour Party.

Was die Verfechter des Normallohnes damit bezwecken, geht aus folgenden Worten des Genossen Braillsford hervor: „Das «Living Wage», wie wir es bezeichnen, ist eine so große Forderung und so folgenschwer für die Industrie, daß eine mutige und zielbewußte Anstrengung, sie zu erkämpfen, uns sofort in die ersten Stadien des sozialistischen Aufbaues bringen wird . . . Bis dahin haben die Sozialisten immer behauptet, daß in dem Maße, wie Schritt um Schritt die Produktion sozialisiert werde, das Resultat dieses langen Entwicklungsprozesses eine gerechtere Verteilung des Reichtums und eine freudigere Zukunft für die

kommende Generation sein werde. Wir folgen dem umgekehrten Gedankengang. Wir verlangen schon heute kategorisch ein menschenwürdiges Einkommen und bedienen uns dieser Forderung als Hebel, um die Produktion so zu reorganisieren, daß sie diesem Verlangen der Menschheit zu entsprechen vermag.“ („New Leader“, 1. Januar 1926.) „Ein menschenwürdiges Einkommen verlangen, heißt in deutlicher Sprache, nach dem Sozialismus rufen.“ („New Leader“, 17. April 1925.)

Was weiter? Angenommen, der Kultur- oder Normallohn wäre jetzt festgesetzt. Jedermann wüßte, was er von Rechts wegen als „menschenwürdiges Einkommen“ erhalten sollte. Die Arbeitgeber würden verpflichtet — moralischer Druck, gewerkschaftliche Aktion oder Gesetz —, das «Living Wage» zu bezahlen. Für die betreffenden Arbeiterschichten bedeutet das eine beträchtliche Steigerung ihres Einkommens. Die erhöhte Kaufkraft der Massen wird sich sofort auf dem Warenmarkt geltend machen. Es wird eine wachsende Nachfrage nach Massenprodukten einsetzen. Die Absatzkrise ist gelöst; der aufnahmefähige Inlandsmarkt verringert die Abhängigkeit vom Auslandabsatz. So weit so gut. Aber in der gegenwärtigen Verfassung der britischen Volkswirtschaft gibt es Produktionszweige, die den verlangten Kulturlohn beim besten Willen nicht zahlen können. So der Bergbau, die Textilindustrie und andere, von der Landwirtschaft gar nicht zu reden. Was tun? Wird man sie sozialisieren? Teilweise ja, teilweise nicht. Von der Sozialisierung soll noch gesprochen werden. Diejenigen Produktionszweige, die nicht im Sozialisierungsplan inbegriffen sind, den Kulturlohn aber nicht bezahlen können, sollen reorganisiert werden. Mit Hilfe des Staates wird man sie auf die Beine stellen. Man wird alle jene Maßnahmen — freiwillig oder durch Gesetz — ergreifen, die unter dem Namen Rationalisierung gehen. Bis die Rationalisierung durchgegriffen hat und die reorganisierten Industrien den Kulturlohn zahlen können, muß der Saat mit Subsidien aushelfen. Geht er dabei nicht pleite? Nein, sagen Braillsford und seine Freunde. Es wird sich nämlich zeigen, daß die gutgehenden Industrien, angeregt durch den gesteigerten Konsum, größere Erträge abwerfen werden. Sie verweisen auf die Erfahrungen in den Vereinigten Staaten von Amerika. Es steht aber zweierlei zu befürchten. Erstens, daß die Preise so steigen, daß sie den Kulturlohn illusorisch machen und einer Erhöhung des Kulturlohnes rufen — die bekannte Schraube ohne Ende. Zweitens, daß die Unternehmer, die Besitzer der Produktionsmittel, die eigentlichen Nutznießer der veränderten Situation werden, die sich aber tatsächlich nicht geändert hat —, wie es unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem immer so sein wird. Die Profitjäger sollen aber nicht noch mehr profitieren, die Kapitalisten sollen nicht noch mehr kapitalisieren dürfen. Man wird ihnen durch Besitzsteuer das Handwerk legen. Erhöhung der bestehenden Einkommens-, Vermögens- und Übersteuern (super-tax) und neu: Erhebung einer Extrasteuer (surtax). Damit wird man die Vermögensbildung der natürlichen und juristischen Personen zurückbinden, einschränken. Die Akkumulation des Privatkapitals verlangt

sich oder sie hört gar auf. Der Profit, der Mehrwert, kehrt zurück in die Taschen der Arbeitenden. Eine weitere Folge davon wird sein, daß sich die Industrien der Massengebrauchsartikel ausbreiten, während die Luxusindustrien zusammenchrumpfen. Die Mehreinnahmen, die dem Staate aus den erhöhten Erträgnissen der Besitzsteuern zugehen, werden ihm erlauben, Subsidien zu überweisen an diejenigen Produktionszweige, die noch nicht in der Lage sind, von sich aus einen Kulturlohn zu bezahlen.

Mehr als das. Der Staat wird aus diesen Steuern auch *Familienzulagen* (Family allowances) an die Lohnarbeiter bestreiten können. Nach dem Programm des „Sozialismus für unsere Generation“ hat der Staat für jedes Kind vom Tage seiner Geburt bis Ende des schulpflichtigen Alters 6,25 Franken (5 sh) pro Woche zu bezahlen. Die Family allowances bedeuten eine weitere beträchtliche Steigerung der Kaufkraft der lohnarbeitenden Klasse. Sie dürfte sich besonders auf dem Lebensmittel- und Kleidermarkt fühlbar machen. In den Vereinigten Staaten von Amerika beispielsweise wird, dank der höheren Löhne, zweimal soviel Milch getrunken als in England. Von den Möglichkeiten der Schul- und Berufsausbildung und der dadurch eintretenden Erleichterung des Arbeitsmarktes gar nicht zu reden. „Infolge der Familienzulagen und des Kulturlohnes wird das Einkommen der Arbeiterfamilien erhöht und die gesteigerte Kaufkraft wird stimulierend einwirken auf alle Produktionszweige, welche der Massenversorgung dienen. Auf zweierlei Weise wird dadurch das Volkseinkommen gerechter verteilt. Mehr werden die mit Wachstum gesegneten Familien gerade dann erhalten, wenn sie es am notwendigsten brauchen können. Weniger vom Nationaleinkommen wird auf den verschwenderischen Luxus der Reichen fallen. Dafür wird mehr übrig bleiben für die Herstellung von Nahrung, Kleidung, Wäsche und Schuhen, und die Kinder der Armen erhalten bessere Lebensmöglichkeiten.“ („New Leader“, 1. Jan. 26.) Kann der englische Staat diese Subsidien zahlen? Ja, sagt Brailsford: „England hat die Wahl zwischen Schlachtschiffen und gesunden Kindern. Es besteht kein Zweifel über den Entscheid einer aufgeklärten Demokratie.“

Auf dem Kulturlohn und den Familienzulagen beharren die Anhänger des „Sozialismus für unsere Generation“ deshalb so ernst, weil sie davon die größten propagandistischen Vorteile erwarten. „Gehe zum typischen Landarbeiter und verlange seine Wahlsstimme zugunsten der Sozialisierung der Banken. Er wird sich kalt, verwundert oder skeptisch verhalten. Rede zu ihm von einem Staatsmonopol für Getreide, Fleisch und Wolle, und du wirst nichts anderes erleben. Statt dessen aber rede mit ihm von der Möglichkeit, daß jeder Arbeiter einen Lohn bekommen könnte, der ihm ein menschenwürdiges Leben sichert, und auf einmal wirst du sein Interesse wecken. Sprich mit seiner Frau über ihre Erfahrungen als junge Mutter und setze ihr auseinander, daß das Einkommen der Familie mit jedem neuen Kinde entsprechend zunehmen sollte, und daß das möglich ist, und du wirst sehen, daß Politik für sie einen alltäglichen Sinn bekommt.“ Will sie als Mehrheitspartei zur Regierung kommen, dann muß die Labour Party bei den nächsten

Wählen viele Landbezirke erobern und auch die Frauen viel stärker in ihren Bann ziehen. Unter diesem Gesichtspunkt versteht man sehr wohl die Argumentation des Genossen Brailsford.

Die Lohnarbeiter zu Stadt und Land sollen aufgerüttelt werden für einen „Frontalangriff gegen die Armut“ und das «Living Wage» und die «Family allowances» sollen das ermöglichen. Es handelt sich bei unseren Freunden der J. L. P. nicht um einen gewöhnlichen Schlager und um Wahlversprechen, sondern um ein ernsthaftes und realisierbares Programm; Wege und Methoden zu seiner Verwirklichung entsprechen einer bestimmten Strategie. Kulturlohn und Familienzulage sollen eigentlich die Handhabe bieten, um baldige und drastische Eingriffe in die Wirtschaft des Landes zu erlauben. Es genügt nicht, gesetzlich ein «Living Wage» niederzulegen und die Besitzenden noch stärker zu besteuern. Wir müssen auch die Garantie haben, daß diese Maßnahmen nicht durch gewisse Manipulationen (Preissteigerung, Inflation usw.) illusorisch gemacht, aufgehoben oder in ihr Gegenteil gekehrt werden. Trotz den bedenklichen Krisenjahren hat sich das britische Volksinkommen um zirka 12,5 Milliarden Franken jährlich vermehrt. Wenn auch neue Kapitalanlagen für Erweiterung und Verbesserung der Produktion notwendig sind, so halten sie sich nach den Berechnungen der Colwyn-Kommission doch in mäßigen Grenzen: Zirka 50 Millionen £ pro Jahr bis 1931, 18,400,000 £ von 1931 bis 1936 und 8,000,000 £ von 1936 bis 1941. Die sinkende Rate ist auf das gleichfalls sinkende Angebot von jungen Kräften auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen, und das wiederum ist eine Folge des Geburtenrückgangs während des Krieges. Prof. Henry Clay von der Universität in Manchester berechnete, daß drei Viertel der Sterbenden weniger als 2500 Fr. hinterlassen. Ein Fünftel der Bevölkerung dagegen besitzt drei Viertel des Nationaleinkommens. Vermögen von weniger als 25,000 Fr. haben 95 Prozent der Bevölkerung. Er kommentiert diese Zahlen also: Meine Absicht ist, nur zu zeigen, wie sehr wir den Grundsatz des Philosophen Bacon vergessen haben, der in folgendem bissigen Wort gipfelt: „Eigentum ist wie Dünger; es ist nur nützlich, wenn es verteilt wird.“ Die Arbeiterklasse kann sich ihrer Ausbeuter nur erwehren, die weitere Akkumulation des Privatkapitals nur dann verhindern, wenn sie sich der Schlüssel zu den Machtpositionen der Wirtschaft versichert. Diese Machtpositionen sind: die Bank und die lebenswichtigen Industrien. Also müssen die Banken, insbesondere die Bank of England, verstaatlicht werden. Die Geld- und Zinspolitik wird dadurch nach volkswirtschaftlichen und nicht nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen geleitet werden. In Anlehnung an die Vorschläge des Nationalökonomien Keynes und des Bankdirektors Mc Keenna von der Midlandbank wird eine Bankpolitik inauguriert, die zwischen der Schylla der Inflation und der Charybdis der Deflation durchzusteuern vermag. Das ewige, unbestimmte und ungestüme Auf und Ab der Preise für Rohstoffe und Lebensmittel kann dadurch, wenn nicht aufgehoben, so doch bedeutend eingeschränkt werden. Den Speku-

lanten ist weniger Anlaß geboten für ihr eigennütziges und volks schädliches Treiben. Absatzkrisen werden durch rechtzeitige Kredithilfe unterbunden; neue volkswirtschaftliche Bedürfnisse können durch Staatskredit finanziert werden. „Wir glauben, daß die Geld- und Kreditpolitik der ausschlaggebendste Faktor war für die großen Preisbewegungen der letzten Jahre. Wir wollen die Banken sozialisieren, um diese Fluktuation meistern zu können. Eine vorsorgliche Bankpolitik kann Hochkonjunktur und Niedergang vermeiden und damit dazu beitragen, daß der Arbeitsmarkt nicht erschüttert wird.“ („New Leader“, 8. Jan. 1926.)

Doch auch das genügt noch nicht, die Wirtschaft unter die sichere Herrschaft des Volkes zu bekommen. Gewisse lebenswichtige Industrien müssen Staatsmonopol werden. Rohstoffe, wie Kohle, Baumwolle, Wolle, bilden die Grundlagen für bedeutende und lebenswichtige Industrien. Fleisch, Milch und Weizen sind haupt sächlichste Nahrungsmitte l. Sie dürfen nicht länger dem Privatkapital und damit der Spekulation überlassen bleiben. Der Staat, die Gesellschaft, muß für geregelte Zufuhr, gute Ware und vernünftige Preise die Verantwortung übernehmen. Das ist die Aufgabe der Staatsmonopole. Sie können in größeren Quantitäten einkaufen, gute Qualität bevorzugen und dank dem Staatskredit billigere Preise erzielen, als das dem Privatkapital möglich ist. Das schweizerische Getreidemonopol wird als Beweis angeführt. Darin aber erschöpfen sich die Vorzüge der staatlichen Monopolwirtschaft nicht. Infolge der Verfügungsgewalt über die Rohstoffe und Hand in Hand mit seiner Bankpolitik kann der Staat seine Kontrolle auch auf die verarbeitenden Industrien ausstrecken. Bei größerer Ausnutzung seiner Produktionsmittel und namentlich bei rationeller Verkaufsorganisation könnte Großbritannien zweimal mehr produzieren als heute. Standardisierung und Typisierung könnten mit Erfolg der kolossalen Verschwendungen entgegenarbeiten, ungezählte Millionen Franken dem Lande erhalten. Der Staat kann mit mehr oder weniger Zwang den technischen Fortschritt fördern, die kaufmännische Organisation modernisieren, die Preispolitik beeinflussen usw. Durch die Staatsmonopole wird der Zwischenhandel ausgeschaltet und damit die Händleranarchie und ihre Überpreise. Auch die Mühlen, die Kühl anlagen, die Milchhandelskonzerne gehen über in die Monopolwirtschaft des Staates. Grund und Boden werden Eigentum des Staates und ihre Bewirtschaftung untersteht ebenfalls staatlicher Kontrolle. Den Gemeinden wird die Erlaubnis erteilt, die Bedürfnisse ihrer Einwohner mit Bezug auf Kohle, Milch und Brot zu befriedigen. Selbstredend muß auch das hauptsächlichste Verkehrsmittel, die Eisenbahn, in den Besitz des Staates übergehen. Ohne daß die Löhne gekürzt oder die Arbeitszeit verlängert werden müßte, könnten die Eisenbahn tarife ermäßigt werden. Bei staatlichem, statt privatem Bahnbetrieb würde die sinnlose Konkurrenz verschwinden und damit auch die schädliche Verwässerung des Kapitals. Eine weitsichtige Verkehrs politik könnte das flache Land wieder bevölkern, den Industrien günstige Stand-

orte anweisen und für den preiswerten Alsaß landwirtschaftlicher Produkte hervorragend beitragen.

Bei der zunehmenden und entscheidenden Bedeutung der Elektrizitätswirtschaft für Handel und Wandel versteht es sich, daß die Zentralen für Licht und Kraft nur Staats- oder Gemeindeeigentum sein können. Gerade durch die Beherrschung der Elektrizitätswirtschaft könne die Rationalisierung der britischen Industrie in weitgehendster und billiger Weise durchgeführt werden. Eine leistungsfähige Landwirtschaft ist bedingt durch die ausgedehnteste Anwendung elektrischer Energie. Bei der sinnfälligen Unfähigkeit des Unternehmertums, den englischen Bergbau wieder konkurrenzfähig zu machen und angesichts der gewaltigen Bedeutung dieser Industrie für die englische Wirtschaft wäre es unabsehbliche Pflicht einer Arbeiterregierung, mit fester und weiser Hand hier durchzugreifen: Sozialisierung der Gruben; Eingehenlassen der unproduktiven Zeichen und dafür Zusammenlegung der gutgehenden Schächte; Installation moderner Maschinen; neue Verwendungsmöglichkeiten der Kohle; einheitliche Verkaufsorganisation; Verständigung mit der ausländischen Konkurrenz.

Überlegte und weitsichtige Planwirtschaft, das ist es, was die Apostel des Sozialismus für unsere Generation erstreben wollen. Die Forderung nach Normallohn und Familienzulage muß die Sache in Schwung bringen. Rationalisierung der Wirtschaft wird die zwangsläufige Folge sein. Das arbeitslose Einkommen wird derart besteuert, daß es nicht der Nutznießer der erstarkten Wirtschaft sein wird. Diejenigen, die von Unternehmerprofit, Grundrente und Kapitalzins leben, müssen in Form von Steuern abgeben an diejenigen, die mit ihrer Hände Arbeit ihr Leben ehrlich verdienen. Volkswirtschaftliche Bankpolitik ist das Sicherheitsventil am Staatskörper und Staatsmonopole für lebenswichtige Rohstoffe und Volksnahrungsmittel die Schlüssel zu den Machtpositionen des ganzen Getriebes.

So ungefähr denken sich unsere Freunde der J. L. P. ihr «Socialism in our time». Es ist ein Plan für eine Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Das Übergewicht, das darin dem Sozialismus bereits zugesprochen wird, ist so groß, daß sein voller Sieg in absehbarer Zeit klar in Erscheinung tritt: „Ein einfaches Programm ist es nicht, das wir vorschlagen. Es kann nur durchgefämpft werden in dem schärfsten und entscheidendsten Kampf in unserer Geschichte. Sowohl die politische wie die wirtschaftliche Waffe müssen eingesetzt werden, bevor an einen Sieg zu denken ist. Wir haben zweifache Verantwortung für unsere Haltung. Verbleiben wir passiv, begnügen wir uns mit defensiver Taktik, dann werden wir unter der Herrschaft der Kapitalisten noch auf ein niedrigeres Lebensniveau zurück sinken. Die Kapitalisten haben weder den Willen noch die Tatkräft für den Wiederaufbau der Wirtschaft. Wir stellen uns die Reorganisation so vor, daß ein aufnahmefähiger Inlandsmarkt geschaffen, der Fluch der Armut beseitigt und dem Volksganzen die Macht erobert wird, um sein eigenes Leben neu zu ordnen durch die Herrschaft über Boden, Kredit, Verkehr und

Krafterzeugung. Die Nation, die diese Güter besitzt, ist Meister über ihr Geschick.“

„Ich höre die Botschaft, doch mir fehlt der Glaube“, so tönte es aus den Reihen der intellektuellen Führer der Labour Party, kaum, daß die Gedanken des Genossen Brailsford und seiner Freunde bestimmte Form angenommen hatten. Genosse Macdonald stellte sich an die Spitze der Kritiker. Es wird dem «Socialism in our time» vorgeworfen, es sei ein Werk von Stubengelehrten, sei am grünen Tisch entworfen worden, sei in Anlage und Ziel wirklichkeitsfremd. Ganz abgesehen von allen wissenschaftlichen Einwänden ist es ganz begreiflich, daß Macdonald und seine Leutnants, die als Mitarbeiter in der Arbeiterregierung in Frage kommen, von den Vorschlägen der J. L. P. nicht erbaut sind. In diesen Kreisen wird der „Sozialismus für unsere Generation“ nicht als ein zugkräftiger Schlager für den Wahlkampf geschäzt; ganz im Gegenteil. Besonders wird dem «Living Wage» nachgesagt, es beruhe auf einem psychologischen Irrtum. Der Durchschnittsengländer werde sich bisherweisend Gedankenkonstruktionen gegenüber fremd und abweisend verhalten und seine Wahlstimme nicht für ungeprüfte und in der Praxis nicht ausprobierte Projekte abgeben. „Der Sozialismus für unsere Generation“ als Programm gedacht, das die Arbeiterregierung zu verwirklichen hätte, darauf wollen sich die sozialistischen Regierungsmänner schon gar nicht einlassen, da es ihnen verhängnisvolle Fußangeln stelle und zu viele Unsicherheiten und Ungewissheiten aufweise. Ein Regierungsprogramm, das in allgemeinen Zügen gehalten ist und sich nicht auf ein bestimmtes Projekt nach Schema F versteift, das ist den Führern der Labour Party lieber, bürgt ihnen auch eher für einen Wahlerfolg und lässt ihnen die Freiheit, nach Ort und Zeit zu entscheiden.

Von gewerkschaftlicher Seite wird eingeworfen, daß die Auslegung des neuen Normallohnes zu unendlichen Streitigkeiten Anlaß geben und in Wirklichkeit zu der Einführung des Minimallohnes führen werde, eines Minimallohnes, der mit seinem Drum und Dran der Festsetzung nicht nach dem Geschmack der Gewerkschafter wäre. Besser sei es, nach und nach eine maßgebende Kontrolle der Arbeiter in den Fabriken zu erobern, als dem Mythos des «Living Wage» nachzujagen.

Man wirft dem ganzen Plan auch vor, er sei eine Konstruktion im lustleeren Raum, weil er zu wenig Rücksicht nehme auf die tatsächlich bestehenden politischen Kräfteverhältnisse. Selbst eine Arbeiterregierung, die sich auf eine Mehrheit stütze, dürfe nicht in der vorgeschlagenen Weise Finanz- und Wirtschaftspolitik treiben, wolle sie sich nicht innerhalb kürzester Zeit unmöglich machen.

Was immer man auch gegen das Sozialisierungsprogramm der J. L. P. sagen mag, es ist doch ein Zeugnis dafür, daß in dieser Partei neben den Anforderungen des Alltagskampfes die lebhafteste Anteilnahme besteht für kommende Dinge und daß sie bestrebt ist, Gegenwarts- und Zukunftsfragen mit sozialistischen Lösungen entgegenzukommen. Das ist dankbar anzuerkennen.